

Herr Präfekt,

wir bitten höflichst um Ihre wohlwollende Aufmerksamkeit für eine Angelegenheit, die eine Krisensituation in der Gemeinde Grayan et l'Hôpital betrifft, die sich besonders in den vergangenen Monaten entwickelt hat. Auslöser war insbesondere der in den letzten Monaten ausgelöste Konflikt zwischen unserer neuen Bürgermeisterin und der Verwaltungsgesellschaft EURONAT.

Der jüngste Mahnbescheid an Euronat, der mit einer Stimme Mehrheit vom Gemeinderat verabschiedet wurde, und die öffentlichen Anschuldigungen, die von den Medien aufgegriffen wurden, haben viele Einwohner dieser friedlichen Gemeinde in Bestürzung, Verwirrung und manchmal auch in Wut versetzt. Das hat die Bevölkerung und sogar den Gemeinderat gespalten, was angesichts der Herausforderungen zu einem lokalen Konflikt führen könnte.

Das Kollektiv "Wir sind Euronat" wurde im Anschluss an die Gemeinderatssitzung vom 20. Juli 2023 gegründet, an der rund 150 Einwohner von Euronat teilnahmen.

Das Kollektiv, das mittlerweile mehr als 1700 Mitglieder zählt, vertritt alle Nutzer von Euronat (Inhaber von Nutzungsrechten an Chalets - TDJ, Eigentümer von Mobilheimen, Wohnwagen mit einem Jahresvertrag, Saisonarbeiter, Angestellte und Urlauber).

In dieser Sitzung des Gemeinderats gab es drei Beschlüsse, die Euronat betrafen (siehe Kurzprotokoll anbei):

Beschluss 2023-07-09 (mit 9 zu 6 Stimmen angenommen) - Schaffung einer eigenen Stelle einen Projektleiter zu suchen, der für die Reform der Verwaltung des FKK-Zentrums in Dépée zuständig ist.

Wir sind schockiert über diesen ersten Beschluss, der die Absicht aufzeigt, ein privates Unternehmen zu bevormunden, das in den vergangenen 48 Jahren stets die finanziellen Bedingungen seines Pachtvertrags erfüllt hat. Worauf stützt sich dieser Beschluss? Auf welche Elemente stützt sich die Einführung einer solchen Maßnahme, die zudem erhebliche Personalkosten verursacht, während die Lohnsumme des Rathauses nach dem Bericht des Regionalen Rechnungshofs bereits deutlich höher ist als in anderen Städten der gleichen demografischen Schicht.

Beschluss 2023-07-10 (angenommen mit 8 zu 7 Stimmen) - Ermächtigung zur Unterzeichnung des Mahnschreibens an die Firma Euronat nach den Feststellungen der Gerichtsvollzieher und Vermessungsingenieure, deren Auftrag von den Finanzprüfern im Dezember 2022 empfohlen wurde.

Wir bekunden unser Vertrauen in die Firma Euronat, unseren Verwalter, die, davon sind wir überzeugt, die notwendigen Antworten zum richtigen Zeitpunkt

geben werden. Wir sind jedoch besorgt, da unsere Zukunft bedroht ist, indem die Bürgermeisterin ankündigt, dass "ein rechtliches Risiko einen Grund für die Kündigung des Mietvertrags darstellen könnte" und dass "sie die notwendigen Erklärungen erwartet".

Kann der Stadtrat die Rechtsprechung ersetzen? Ist er in der Lage, den Baupachtvertrag und seine Besonderheiten zu verstehen? Verfügt er über die notwendigen rechtlichen Kompetenzen, um einen Mietvertrag zu beenden, und ist er sich der Risiken bewusst, die mit der Beendigung des Mietvertrags verbunden sind, wie auch deren Folgeschäden?

Beschluss 2023-07-11 (angenommen mit 8 zu 7 Stimmen) - Ermächtigung zur Unterzeichnung des Schreibens an die Nutzungsrechteinhaber im FKK-Zentrum anschließend an das Mahnschreiben an die Firma Euronat.

Wir erreichen damit den Gipfel der Absurdität!

Es wurde - wieder mit 8 zu 7 Stimmen - dafür gestimmt, dass parallel zum Versand des Aufforderungsschreibens an den Betreiber des Euronat ein Schreiben an die Nutzungsrechteinhaber gesendet wird, in dem sie aufgefordert werden, sich für ein Ersatzrecht zugunsten der Stadtverwaltung (oder irgendeinen anderen Vertrag!) zu entscheiden, wodurch unsere Nutzungsrechte auf die Stadtverwaltung (oder an was auch immer sich hinter "irgendeinem anderen Vertrag!" verbirgt) übertragen würden.

Wir sind entsetzt, dass die Abstimmung über den Versand dieses Schreibens bereits erfolgt ist, obwohl es noch keine wirksame Kündigung gibt. Wir lehnen das kategorisch ab!

Warum wurde die Angelegenheit vor Ablauf der dreimonatigen Frist auf die Tagesordnung gesetzt und beraten, wenn nicht, um mitten in der Sommerzeit Angst bei den Vermietern zu erzeugen und so ein vergiftetes Klima zu schaffen?

Dieses Vorgehen gibt uns das Gefühl, instrumentalisiert zu werden, während wir gleichzeitig Geiseln und Opfer von Kollateralschäden einer Kabale sind, die sowohl auf menschlicher, sozialer, wirtschaftlicher, ökologischer als auch finanzieller Ebene unverständlich ist.

Ebenso wurde das Naturistenzentrum Euronat bereits in „Naturistenzentrum in Depée“ umbenannt (siehe Tagesordnung des Gemeinderates vom 20. Juni 2023 und die Veröffentlichung auf der Internetseite der Gemeinde).

Wir gehen davon aus, dass Frau Legrand bereits eine Situation vorwegnimmt, die sie wahrscheinlich herbeisehnt, die aber noch nicht eingetreten ist.

Wir protestieren gegen diesen Zustand! Wir sind Euronat!

Außerdem haben einige Ratsmitglieder während der Ratssitzung unter Verschiedenes zweimal die Bürgermeisterin angesprochen und gefragt, wie hoch die Kosten für die von ihr beauftragten Vermessungsingenieure und Gerichtsvollzieher gewesen seien und warum sie diese Ausgaben nicht auf die Tagesordnung gesetzt habe, um sie bei einer Ratssitzung genehmigen zu lassen. Sie erwähnte schließlich die Summe von 160000 Euro (ohne Mehrwertsteuer? inklusive Steuern?) und verteidigte sich damit, dass nur eines von drei Unternehmen auf ihre Ausschreibung geantwortet habe und dass dies "auf Antrag des regionalen Rechnungshofes" geschehen sei. Seit wann können Empfehlungen des Rechnungshofs die Abstimmung des Gemeinderats über einen so wichtigen Haushalt ersetzen? Liegt hier nicht ein Versäumnis im Ausschreibungsverfahren vor? Hätte sie die Ausschreibung nicht erneuern und diese astronomischen Ausgaben dem Rat zur Abstimmung vorlegen müssen?

Wir fragen uns, ob dieses Vorgehen legal war und bitten Sie um Ihre Meinung zu diesem Thema.

Parallel zu diesem hitzigen Stadtrat sorgt seit Monaten ein von Frau Florence Legrand inszenierter Medienrummel für Schlagzeilen in regionalen, nationalen und sogar internationalen Zeitungen! Das Image des Naturistenzentrums Euronat wird durch Anschuldigungen, die einer Reality-Show würdig sind, mit reißerischen Schlagzeilen beschmutzt. Welchem Zweck dient eine derartige Verbissenheit? Warum will man unsere Lebensentscheidungen zerschlagen und uns der Öffentlichkeit zum Fraß vorgeworfen? Wir haben uns für unsere Lebensweise entschieden und möchten sie beibehalten.

Die Firma Euronat floriert und das ist auch gut so, denn sie reinvestiert jedes Jahr in unser besseres Leben. Sie lässt lokale Unternehmen arbeiten, beschäftigt 40 Mitarbeiter das ganze Jahr über sowie 150 Saisonarbeiter. Im Zentrum gibt es 28 Geschäfte, die ebenfalls Angestellte beschäftigen, wovon viele Haushalte in der Region leben. Es ist also auch deren Zukunft, die auf dem Spiel steht.

Abgesehen von der allgemeinen Unzufriedenheit, die sich in den massiven Beitritten zu unserem Kollektiv "Wir sind Euronat" äußert - mehr als 1700 Personen in zwei Wochen -, die auf ein Bewusstsein für die enormen Herausforderungen dieser Angelegenheit zurückzuführen sind, beklagen wir bereits entstandene wirtschaftliche Auswirkungen: auf Immobilientransaktionen, auf Bauprojekte, Vergrößerungen und Renovierungen. Daraus resultiert eine Verringerung der Aufträge an lokale Unternehmen im Euronat zu arbeiten usw. .

In dem Bemühen, die Wogen zu glätten, haben wir in einem offenen Brief an unseren Bürgermeister um eine Mediation gebeten. Zu Ihrer Information fügen wir Ihnen dies in Kopie bei.

Wir danken Ihnen im Voraus für Ihr Verständnis und bitten Sie, Herr Präfekt, um Ihr Vertrauen.

Mit tiefstem Respekt  
die Mitglieder des Kollektivs "Wir sind Euronat" (Nous sommes Euronat)